

Otto W. Teufel
72076 Tübingen

03.06.2017

Leserbrief

Schwäbisches Tagblatt vom 02.06.2107: „Lieber gesetzliche Rente stärken“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn Frau Hänsel und die Linkspartei diesen Vorsatz ernst meinen würden, gäbe es eine einfache Aktion das zu erreichen. Sie könnten fordern, endlich die versicherungsfremden Leistungen offen zu legen und in vollem Umfang aus Steuermitteln zu finanzieren. Nach den verfügbaren Zahlen der Deutschen Rentenversicherung war das seit 1957 in keinem Jahr der Fall. In den vergangenen 60 Jahren wurden auf diesem Weg von den Beiträgen der Zwangsversicherten rund 750 Milliarden Euro für Aufgaben der Gesamtgesellschaft abgezweigt, was dazu geführt hat, dass die Rentenversicherung im Gegensatz zur berufsständischen Versorgung heute nur halb so hohe Altersrenten zahlen kann, bei vergleichbaren Beiträgen. Ohne die versicherungsfremden Leistungen und den sogenannte Bundeszuschuss (der noch nie ein Zuschuss war) hätte nach dieser Rechnung die Rentenversicherung seit 1957 jedes Jahr einen Beitragsüberschuss gehabt, in Summe rund 890 Milliarden Euro. Das heißt, Altersarmut ist das Ergebnis von 60 Jahren politischer Gestaltung und politisch gewollt. Nutznießer dieses Unrechts sind Personen, die sich nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern müssen und über ein gutes Einkommen verfügen, insbesondere diejenigen, die über die gesetzliche Rentenversicherung bestimmen, Politiker(innen) und höhere Beamte. Mit Hinweis auf diesen Sachverhalt könnte Frau Hänsel gleiches Recht für alle Bürger bei der Altersversorgung entsprechend Art. 3 GG einfordern, was selbst bei unterschiedlichen Regelungen möglich sein müsste.

Otto W. Teufel, Tübingen